

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

VAG-Fahrpreise sollen vorerst eingefroren werden

SPD fordert vom Freistaat finanzielle Unterstützung für 365-Euro-Jahresticket

Die SPD fordert von der bayerischen Staatsregierung für die weitere Nahverkehrsförderung endlich konkrete Zusagen und Unterstützung. „CSU und Freie Wähler haben in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, dass es für das Städtedreieck Nürnberg, Fürth und Erlangen ein 365-Euro-Jahresticket geben wird. Jetzt ist es an der Zeit, einen Umsetzungsplan zu verkünden und gemeinsam ein Modellprojekt zu entwickeln“, fordert Nürnbergs SPD-Fraktions- und Parteichef Thorsten Brehm. „Ein Bürgerbegehren für die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets steht nun in Nürnberg zur Entscheidung an. Deshalb brauchen wir als Stadt finanzielle Hilfe und Planungssicherheit.“

Brehm würde - wie im zurückliegenden Wahlkampf gefordert - eine Monatslösung bevorzugen. „Ein 30-Euro-Monatsticket wäre flexibler und würde zum Beispiel den zahlreichen Radfahrerinnen und Radfahrern entgegenkommen, die vielleicht nur in den Wintermonaten die öffentlichen Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeit nutzen wollen“, so der Kommunalpolitiker.

Die Einführung eines vergünstigten Abo-Tickets hat nach Ansicht der SPD grundsätzliche Auswirkungen auf das ganze Tarifsortiment. „Wir wollen in den nächsten Jahren den großen Wurf wagen, um noch mehr Menschen für den Umstieg auf Busse und Bahnen zu begeistern. Bis dahin wollen wir die Nürnberger Fahrpreise einfrieren und die Fahrgäste nicht zusätzlich belasten“, fordert der Sozialdemokrat und will der VAG die ausbleibenden Erlöse aus einem neuen städtischen Klimafonds ausgleichen.

Die SPD im Rathaus will neben einer Vereinfachung der Tarife auch das Straßenbahn- und U-Bahnnetz erweitern und die Takte verdichten. „Die Mobilitätswende wird uns viel an Investitionen abverlangen. Deshalb sollte der Freistaat den Kommunen auch die Möglichkeit einräumen, eine Nahverkehrsabgabe zu erheben. Die Stärkung des ÖPNV und der Klimaschutz sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dementsprechend sollten wir auch alle an der Finanzierung beteiligen“, so Brehm abschließend.

Nürnberg, 19. Mai 2020